

**Sonder-  
Ausgabe**

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.  
(davon 67 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Verzehrungs- und 72 Pf. Postbefrei-  
gungen. Auslandsabonnement 5,65 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Posttarif 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Samstags und Montags  
einmal, die Wochenbeilage für Berlin  
und im Doppel mit dem Titel „Der  
Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage  
„Soll und Sein“

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt**

**Gratis!**



**Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Politschekonto: Berlin 37538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Postkassenz. 1148/1149.

# Volk, entscheide!

## Das ist das Wirtschaftsprogramm

### der Barone:

Berewigung der kapitalistischen Mißwirt-  
schaft der bankrotten Junker und Schlot-  
barone.

1½ Milliarden Steuergeschenke für die Unter-  
nehmer.

700 Millionen staatliche Lohnsubventionen.

300 Millionen öffentliche Aufträge.

Krisenüberwindung durch Liebesgaben an  
die Kapitalisten.

Lohnsenkung bis zum Existenzminimum.

Beseitigung des Tarifrechts.

Besitzerhaltung der Junker durch teures  
Brot und Einfuhrdrosselung.

Eigennutz geht vor Gemeinnutz!

### der Sozialdemokratie:

Verstaatlichung der Monopolindustrien  
und Planwirtschaft.

Enteignung des Großgrundbesitzes.

Motsteuern für menschenwürdige Unter-  
stützungen und Sozialrenten.

Zwangsanleihe zur Beschaffung von Arbeit.

1 Milliarde öffentliche Aufträge.

Krisenüberwindung durch Kaufkraftschutz  
und Arbeitsstreckung.

Schluß mit dem Raubbau an der Arbeits-  
kraft.

Hochhaltung der Kaufkraft durch billige  
Lebensmittel und Industrieexport.

Volkswohl geht vor Profit!

## Sozialistische Aktion.

Von Otto Wels.

Der Widersinn des kapitalisti-  
schen Systems hat sich restlos enthüllt.  
Mit dem Aufwand ungezählter Milliarden  
hat der Kapitalismus einen Produktions-  
apparat aufgebaut, der die Produktivität der  
menschlichen Arbeit um ein Vielfaches ge-  
steigert hat. Seit Jahr und Tag aber stehen  
die Fabrikhallen verlassen da, verrotten die  
Maschinen und Werkzeuge. Und seit Jahr  
und Tag drängt sich das graue Heer der  
Erwerbslosen an den Stempelstellen hoff-  
nungslos und verbittert, verlangen  
Millionen und aber Millionen  
arbeitswilliger Hände vergeb-  
lich nach Arbeit. Die Kohlen türmen sich  
auf den Halben und schon hängen Hundert-  
tausende vor dem kommenden Winter. In  
den Ställen der Bauern drängt sich das  
schlachtreife Vieh und in den Städten er-  
wachen jeden Morgen Millionen von Mit-  
tern mit der nagenden Sorge, wie sie am  
neuen Tag die hungrigen Mäuler satt  
machen sollen. Das Volk hungert bei  
vollen Scheunen.

Seit Jahr und Tag erheben Millionen  
immer aufs neue die bange Frage: werden  
wir jemals aus dem Jammer dieser Krise  
herauskommen?

Es gibt ein Mittel, es gibt einen  
Weg, und diesen Weg weisen die  
Gesichtswürfe, die die sozialdemo-  
kratische Reichstagsfraktion dem  
neuen Reichstag vorlegt.

Wir wissen, daß der Uebergang zur sozia-  
listischen Planwirtschaft kein Neuaufbau,  
sondern nur ein Umbau sein kann. Wir  
wissen, daß nicht mit einem Schlage an  
Stelle der jetzigen kapitalistischen Wirtschafts-  
unordnung eine sozialistische Wirtschafts-  
ordnung gesetzt werden kann, sondern daß  
das nur das Ergebnis einer mühevollen Ar-  
beit und eines zähen Ringens sein kann.  
Wir wissen aber auch, daß wir diese Aufgabe  
nicht einem Staat übertragen können, der  
von den Großagrariern und den  
Großkapitalisten beherrscht wird,  
sondern daß wir uns erst die Macht im  
Staat erkämpfen und den Einfluß der  
Junker und Industrieherrn brechen müssen.  
So haben die Sozialisierung der Schwer-  
industrie und die Enteignung des Groß-

grundbesitzes, die wir als vordringliche Maß-  
nahmen fordern, eine doppelte Bedeutung:  
sie sollen die Machtstellung der  
Großkapitalisten und der Groß-  
agrariern ein für allemal beseitigen  
und sie sollen zugleich die ersten  
Schritte für den Umbau der Wirt-  
schaft sein!

Fällt die Entscheidung über diese Gesetz-  
entwürfe in diesem Reichstag nicht, so wer-  
den wir weiterkämpfen, bis wir sie erzun-  
gen haben.

Der Sozialismus ist in Deutschland nicht  
mehr Zukunftsideal, er ist Gegenwartsauf-  
gabe.

Für diese Aufgabe, die größte, die je einem  
Volk gestellt worden ist, wollen wir jenen  
Kreuzzug führen mit der letzten Hin-  
gabe und dem letzten Einsatz  
aller Kräfte, die unsere Verantwortung  
vor der Geschichte und vor der Arbeiterbewe-  
gung von uns verlangt. Unser Kampf wird  
nicht nur den Mut der Verzagenden, den  
Glauben der Verzweifelnden neu stärken und  
beleben, er wird schließlich auch diejenigen  
mitreißen, die heute noch geblendet und irre-  
geleitet den falschen Propheten von rechts  
und links nachlaufen.

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!  
Die Trommel ruft, die Banner weh'n.  
Es gilt die Arbeit zu befreien,  
Es gilt der Freiheit Auserkneht!

## Nie wieder Nazi!

Heraus aus dem braunen Sumpf!

14 Millionen haben am 31. Juli nationalsozia-  
listisch gewählt. Sie taten es aus Verzweiflung  
über die jurchbaren Wirtschaftsverhältnisse. Sie  
taten es aus Hoffnung auf Besserung. Was nun?  
Die Verzweiflung ist geblieben, die  
Hoffnung ist geschwunden!

Ordnung sollte geschaffen werden! Was ist er-  
reicht? Furchtbare Unordnung! Tolles Durch-  
einander!

Hitler hat Papen toleriert. Mit seiner  
Zustimmung wurde Papen Kanzler. Aber keine  
sechs Wochen dauerte die Freundschaft, dann  
plafte sie.

Goldene Berge hat man dem Volk versprochen,  
sobald die „nationale Rechte“ regiert.  
Aber kaum kommt die „nationale Rechte“ zur  
Regierung, so fällt sie in zwei Teile ausein-  
ander, die einander bekämpfen.

Die „nationale Rechte“ ist regie-  
rungsunfähig!

Papen hat den alten Reichstag aufgelöst für  
die Nationalsozialisten. Jetzt will er den neuen  
Reichstag auflösen gegen die Nationalsozialisten.



# Das Aktionsprogramm.

## Ein Ueberblick über unsere Forderungen.

Über die Nationalsozialisten haben jetzt vor den Wahlen Angst. Darum haben sie mit dem Zentrum einen stillen Kuhhandel begonnen.

Im Wahlkampf nannten sie das Zentrum liebevoll „die schwarze Pest“. Jetzt wollen sie sich mit der schwarzen Pest verheiraten.

Im Wahlkampf erklärten sie, daß das Zentrum aus lauter Landesereueren bestünde. Jetzt nennt der Reichspräsident Göring ein Reichstagspräsidium, in dem ein Nazi, ein Deutschnationaler und zwei Schwarze sitzen — ein nationales Präsidium.

Wer national ist und wer nicht — das bestimmt sich nach der jeweiligen Taktik der Nationalsozialistischen Partei!

Jetzt berufen sie sich auch alle auf die Verfassung von Weimar, auf die Grundlage des sogenannten „Systems“.

Weil der „Vorwärts“ der Meinung Ausdruck gegeben hatte, das Programm des Reichskanzlers könne ohne Verfassungsbruch nicht verwirklicht werden, wurde er verboten!

So verfassungstreu ist die Regierung, daß sie den Verdacht, sie könnte die Verfassung einmal verletzen, gar nicht ertragen kann! Aber auch der Reichspräsident Göring beruft sich auf die Verfassung des „Systems“. Er hat in seiner Ansprache im Reichstag Herrn von Hindenburg ausdrücklich an den Eid erinnert, den er geleistet hat.

Heute für Papen, morgen gegen Papen! Heute gegen Zentrum, morgen für Zentrum! Gestern gegen das System, heute für das System!

Das ist Adolf Hitler u. Co. Gestinnungslumpenhandel engros!

Und das arme deutsche Volk? Die betrogenen Wähler? Sie kommen bei diesem Getriebe und Geschlebe, diesem Schachern und Feilschen immer mehr auf den Hund!

Deutsche Männer und Frauen! Heraus aus dem braunen Sumpf! Nie wieder Nazi!

## Statistik des Elends.

### Kommentar zu einer Kanzlerrede.

Aus der amtlichen preussischen Molkereistatistik für den Monat Juli 1932 entnehmen wir folgende Feststellungen:

Unter dem Druck des schwindenden Einkommens ist der Frischmilchverbrauch im Durchschnitt Preussens um 16,2 Proz. gegenüber dem Vorjahr zurückgefallen. In den Provinzen mit starker Industriearbeiterbevölkerung ist der Rückgang des Milchkonsums aber bedeutend stärker. In der Rheinprovinz beträgt der Rückgang 17,2 Proz., in Oberschlesien 23,2 Proz.

Der Flaschenmilchabsatz, also der Absatz an hochwertiger Milch, beträgt jetzt nur noch zwei Drittel des Absatzes von 1931.

Ein besonders katastrophaler Absatzschwund zeigt sich in den Großstädten. In Brandenburg und Berlin verringerte sich der Flaschenmilchabsatz um 70 bzw. 46 Proz.! Schleswig-Holstein, der Lieferant für Hamburg, Altona und Kiel, konnte nur noch 28 Proz. der Vorjahresmenge absetzen.

Den Kommentar der Reichsregierung zu diesen erschütternden Angaben über die Verelendung hat Papen in seiner Münsterrede gegeben. Er heißt: neuer systematischer Lohndruck und Steuererleichterung für die Privatwirtschaft.

## Zustiz gegen Reichsbanner.

### Barbarische Zuchthausstrafen.

Großenhain, 11. Mai.

Von sieben Reichsbannerleuten, die sich Ende April an Ausschreitungen beteiligt haben sollen, wurden wegen einfachen bzw. schweren Landfriedensbruches drei zu 6 Monaten Gefängnis und vier zu 1 bis 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Brieg, 22. August.

Wegen der blutigen Zusammenstöße in Chlau am 10. Juli erhielten wegen schweren Landfriedensbruches in Tateinheit mit Waffenmißbrauch und wegen schweren Aufruhrs der Kreisleiter des Reichsbanners Durniak 3 Jahre Zuchthaus, der Ortsgruppenführer des Reichsbanners Blech 4 Jahre Zuchthaus, weitere Reichsbannermitglieder hohe Gefängnisstrafen durch das Sondergericht zuerkannt.

Berlin, 31. August.

Das Sondergericht I Berlin verurteilte den Reichsbannermann Nothe wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch und Waffenmißbrauch zu 5 Jahren Zuchthaus.

Die Rotverordnung vom 14. Juni war so maßlos ungerichtet und widersinnig, daß sie fallen muß. Das wird die erste Forderung der Sozialdemokratie sein.

Deshalb wird die Sozialdemokratie die Wiedererhöhung der sozialen Leistungen auf dem gesamten Unterführungsgebiet mindestens und zunächst auf den Stand vor dem 14. Juni verlangen.

Es muß aber auch an den kommenden Winter gedacht werden. Auch im kommenden Winter müssen Kartoffeln und Kohlen den Arbeitslosen kostenlos zur Verfügung gestellt, das Fleisch muß für sie verbilligt werden.

Ganze Arbeit werden sozialdemokratische Anträge in der Frage der Arbeitsbeschaffung und der Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber dem zögernden und schwächlichen Tun der jetzigen Reichsregierung verlangen.

Die öffentliche planmäßige Arbeitsbeschaffung soll durch Bereitstellung von Arbeiten im Werte von einer Milliarde Mark energisch und mit größter Beschleunigung gefördert werden.

Zu den öffentlichen Arbeiten müssen die Hausreparaturen, die Förderung der Siedlung, die kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und zuletzt aber nicht am wenigsten die so dringend notwendige Schulung der Jugendlichen hinzutreten.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird mit neuer Wucht vorgetragen werden, nachdem Wissenschaftler und Praktiker in aller Welt immer rücksichtsloser die Arbeitszeiterhöhung einfach als wirtschaftliche und technische Notwendigkeit erklären.

Mit der Verküderung und der Verschlechterung der Volksernährung durch einseitige Begünstigung des Junkertums muß ein Ende gemacht werden.

Das soziale Elend der arbeitslosen Massen, die Untragbarkeit der Mieten bei den heutigen Elendslöhnen der Unterführung verlangen gebieterisch öffentliche Mietbeihilfen sowohl bei Altmohnung als auch bei den besonders teuren Neubaumohnungen.

Hugenbergs unsinnigen allgemeinen Schuldenabwertungsplänen, die nur eine Beraubung der Später mit sich bringen, muß entgegengewirkt werden. Nur, wo wirklich gut wirtschaftende Betriebe ohne eigene Schuld in Not gekommen sind, darf der Staat seine Hilfe leisten. Das soll nach wohlerwogenen sozialdemokratischen Auffassungen durch die

Errichtung eines Schuldeneinigungsamtes

sichergestellt werden, vor dem jeder einzelne Fall nach Recht und Billigkeit zu behandeln ist. Endlich aber muß auch den Pächtern auf dem Lande geholfen werden. Die Sozialdemokratie wird verlangen, daß vom 1. Oktober ab sämtliche landwirtschaftlichen und gärtnerischen Pächten um 30 Proz., mindestens aber auf die Höhe der Vorkriegspächten gesenkt werden. Endlich muß der Rechtschutz der Pächter verbessert werden.

Die Sozialdemokratie fordert Rotsteuern zur Sicherung der sozialen Leistungen und zur Milderung des größten Elends.

Die hohen Einkommen und die hohen Vermögen müssen ebenso ersaft werden wie der Luxus.

Aus der längst notwendigen Schaffung von Staatsmonopolen (Tabak, Öl und Branntwein) müssen dem Reich neue Einnahmen zugeführt werden.

Endlich müssen die nur auf formales Recht und feinerlei Verdienst gegründeten

Fürstenabfindungen wieder gestrichen, ihr Grundbesitz zugunsten der Kriegsoffer einget

und die Gehälter und Pensionen grundsätzlich auf höchstens 12 000 M. herabgesetzt werden.

Neben diesen Tagesaufgaben wird die Sozialdemokratie durch fünf besondere Gesetzesanträge aber auch den grundsätzlichen Umbau von der kapitalistischen Anarchie zur Planwirtschaft vorwärts treiben.

## Die Wege zum Sozialismus.

### 1. Entwurf eines Gesetzes über den Umbau der Wirtschaft.

§ 1.

Um die Befreiung aus der Not der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den Uebergang von der planlosen Gewinnwirtschaft zur planmäßigen Gemeinwirtschaft anzubahnen, werden folgende Umbaumaßnahmen durchgeführt:

§ 2.

Der Umbau der Wirtschaft erstreckt sich auf

1. die Vereinfachung der öffentlichen Wirtschaft;

2. die Schaffung einer Planstelle (§ 3);

3. die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen auf Grund des Gesetzes vom . . . . .;

4. die Verstaatlichung der Großbanken und die Schaffung eines Bankenamts auf Grund des Gesetzes vom . . . . .;

5. die Schaffung eines Kartell- und Monopolumts auf Grund des Gesetzes vom . . . . .;

6. die Schaffung und den Umbau von Staatsmonopolen gemäß dem Gesetz vom . . . . .;

7. die Enteignung des Großgrundbesitzes auf Grund des Gesetzes vom . . . . .

§ 3.

Die Planstelle hat die Aufgabe:

1. in Gemeinschaft mit dem Bankenamt und dem Kartell- und Monopolumt auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Glieder der Volkswirtschaft hinzuwirken;

2. die einheitliche Führung der öffentlichen Wirtschaft zu sichern;

3. die Verstaatlichung weiterer Wirtschaftszweige vorzubereiten;

4. alle sonstigen Maßnahmen zu fördern, die dem Umbau der Wirtschaft dienen.

§ 4.

Bei dem Umbau der Wirtschaft, bei der Zusammenlegung aller öffentlichen Einrichtungen und bei der Führung der verstaatlichten Wirtschaftszweige sind die Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

### 2. Entwurf eines Gesetzes über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen.

§ 1.

Die Schlüsselindustrien und die aus öffentlichen Mitteln subventionierten Unternehmungen sind zu verstaatlichen.

§ 2.

1. Die Verstaatlichung hat insbesondere zu umfassen alle privaten Unternehmungen des Bergbaues, der Eisenindustrie, der sonstigen Metallgewinnung, der Grubchemie, der Zementindustrie.

2. Die Verstaatlichung hat sich auf alle Nebenbetriebe sowie auf die Verwertung von Altmetall zu erstrecken.

§ 3.

1. Die Entschädigung erfolgt nach der tatsächlichen Ausnutzung der Anlagen in den Geschäftsjahren 1929 bis 1931, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932

2. Auf die Entschädigung werden Steuerzuschüsse, bisher gewährte Subventionen und sonstige Förderungen der öffentlichen Hand angerechnet.

### 3. Entwurf eines Gesetzes über Banküberstaatlichung und Bankenaufsicht.

§ 1.

Das gesamte Bankgewerbe wird der Aufsicht und Führung durch das Reich unterstellt. Zur Durchführung dieser Aufgaben werden

1. die Großbanken verstaatlicht (§ 2),

2. ein Bankenamt errichtet (§ 5).

§ 2.

Die Verstaatlichung der Großbanken umfaßt: Dresdener Bank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Commerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft, Allgemeine Deutsche Creditanstalt.

§ 3.

Die verstaatlichten Banken werden unter Mitwirkung der Bankenämter zu einer Deutschen Staatsbank zusammengeschlossen.

§ 4.

Die Entschädigung der Aktionäre der verstaatlichten Banken erfolgt auf der Grundlage der Berliner Börsenkurse der Aktien vom 1. Juli 1932.

§ 5.

Das Bankenamt hat die Führung der öffentlichen und privaten Banken nach einheitlichen Richtlinien zu sichern. Zweck dieser Bankpolitik ist die Lenkung des Kapitals im Interesse der Gesamtwirtschaft.

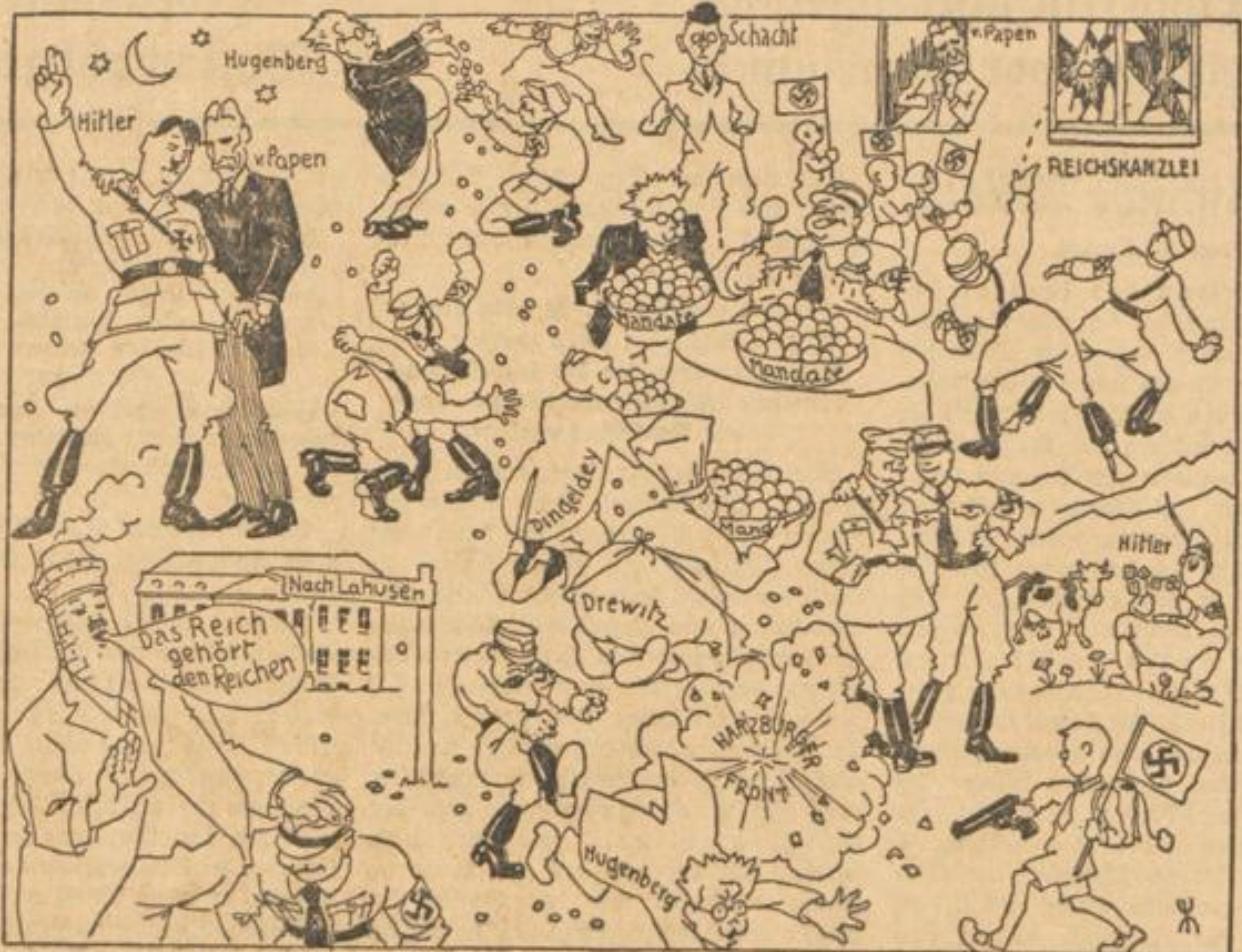
§ 6.

Das Bankenamt hat Vorschläge über weitere Verstaatlichung von Banken zu machen.

§ 7.

Innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gehen die Geschäfte des Reichskommissars für das Bankgewerbe auf das Bankenamt über.

## Die nationale Konzentration —



oder: „grundsätzlich neue Art der Staatsführung“.



#### 4. Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung des Großgrundbesitzes.

##### § 1.

1. Um eine Gesundung der deutschen Wirtschaft anzubahnen, wird der private Großgrundbesitz enteignet.

2. Großgrundbesitz im Sinne dieses Gesetzes ist jeder land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz über 200 Hektar. Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß auch Großgrundbesitz unter 200 Hektar unter dieses Gesetz fällt.

##### § 2.

1. Als Entschädigung wird den enteigneten Großgrundbesitzern eine Rente gewährt, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929 bis 1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens aus dem enteigneten Grundbesitz bemißt.

2. Verfügt der enteignete Großgrundbesitzer über hinreichende landwirtschaftliche Kenntnisse, so kann ihm an Stelle der Rente eine Siedlungsstelle überlassen werden.

##### § 3.

Der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz ist entweder als Großbetrieb zu erhalten oder an Landarbeiter und Kleinbauern aufzuteilen. Die Wahl der Betriebsform ist so zu treffen, daß die wirtschaftliche Ausnutzung des Grundbesitzes gewährleistet wird.

##### § 4.

Wo die Betriebsform des Großbetriebes beibehalten wird, ist der Betrieb in öffentlicher Bewirtschaftung zu übernehmen oder in geeigneten Fällen den Landarbeitern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung in Landarbeiter-Produktionsgenossenschaften zu überlassen.

##### § 5.

Im Falle der Aufteilung des Grundbesitzes ist der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz je nach den örtlichen Verhältnissen an landbedürftige Kleinbauern zu verteilen oder zur Errichtung von lebensfähigen Bauernsiedlungen zu verwenden. Als Siedlungsbewerber sind vornehmlich Landarbeiter zu berücksichtigen.

##### § 6.

Der enteignete forstwirtschaftliche Großgrundbesitz ist der öffentlichen Hand zur Bewirtschaftung zu übertragen.

### Ohne Hitler kein Papen!

#### Nationalsozialistisches Schuldbekenntnis.

Zur Rede Papens in Münster wird von nationalsozialistischer Seite wörtlich folgendes ausgeführt:

Herr von Papen verkennt hier seine „autoaktive Stellung“ etwas.

### Ohne die Vorarbeit Adolf Hitlers säße Herr von Papen heute nicht im Sessel des Reichskanzlers!

Wenn Herr von Papen gegen die roten Bonzen Preußens vorgehen konnte, dann nur, weil der Nationalsozialismus ihm den Boden rein stimmungsmäßig im Volke bereitet hat.

So zu lesen im „Freiheitskampf“, amtlicher Tageszeitung der NSDAP, Gau Sachsen, Nr. 202, vom 29. August. „Je mehr Nazis im Reichstag, desto mehr Barone in der Regierung. Je mehr Barone in der Regierung, desto mehr Kosten für das Volk“, so sagten sozialdemokratische Aufrufe zur letzten Wahl.

„Ohne Hitler kein Papen!“ bestätigt jetzt die nationalsozialistische Presse.

## Vorwärts - Bilanz des Papenkurses

2 mal verboten!  
1 mal verwarnt!

Antwort: Tausende neue Abonnenten!

### „Brechung der Zinsnechtlichkeit“

Aus den Geheimnissen der Diktatur.

Bekanntlich ist die Brechung der Zinsnechtlichkeit das Herzstück im ganzen nationalsozialistischen Parteiprogramm. Wie sehr dem „Völkischen Beobachter“ dieses Herzstück am Herzen liegt, zeigt der „Bayer. Kurier“ an einigen Beispielen.

Der Zinsfuß darf nach nationalsozialistischer Lehre und Forderung 4 Proz. nicht übersteigen. Es ist nun interessant, zu beobachten, welche Verzinsung im „Völkischen Beobachter“ von nationalsozialistischen Parteigenossen angeboten wird.

So heißt es in Nr. 63 vom 4. März 1931:

Bg. sucht v. Privatbank 1500.— RM. Verzinsung 10 Proz., auf ein Jahr gegen hypothek. Sicherheit Angeb. unter 22 353 an den „B. B.“

In Nr. 14 vom 14. Januar 1931 bringt der „Völkische Beobachter“ das nachfolgende Inserat:

Wächter eines führenden nationaln. Restaurants in Großstadt Mitteldeutschlands, verschiedene Eör für Versammlungen und Festlichkeiten, Konferenzzimmer usw. Umfab ständig im Steigen, sucht tücht.

# Rüstet zum neuen Kampf!

## Für Demokratie und Sozialismus!



## Vorwärts! Eiserne Front!

## Sammelt! Gebt!

Postscheckkonto: Adolf Holz, Berlin 14 157

# Gemeinnutz vor Eigennutz!

Der Sinn der sozialdemokratischen Anträge an den Reichstag.

### Gemeinnutz vor Eigennutz!

Das ist der Sinn der programmatischen Anträge der Sozialdemokratischen Partei!

Der Weg aus der Not ist der Weg zum Sozialismus. Das Ausbeutungssystem muß gebrochen werden, die Wirtschaft muß planmäßig nach den Bedürfnissen der breiten Volksmassen gelenkt werden, erst dann kann es gelingen, den zerstörenden Krisen des kapitalistischen Systems zu entrinnen und nach sozialistischen Grundgesetzen die Existenzgrundlage des Volkes zu richten.

Im Gegensatz dazu will die regierende Reaktion versuchen, das wankende kapitalistische System wieder zu leimen durch brutale Vergewaltigung der Arbeiter. Es soll dem Kapitalismus eine Atempause verschafft werden bis zur nächsten zerstörenden Krise, die dann noch furchtbarer das Volk treffen muß, wenn heute die fehlerhaften Konstruktionen des Kapitalismus künstlich aufrecht erhalten werden.

### Vergewaltigung der Arbeiterschaft zur Neubefestigung der Ausbeuterherrschaft — oder entschlossene sozialistische Aktion! Das ist die Entscheidung, vor der das Volk steht!

Die politische Reaktion will die Kräfte des Sozialismus niederhalten. Die Diktatur der Feudalaristokraten soll mit großkapitalistischen Mitteln das kapitalistische System vor dem Ansturm des Sozialismus retten. Das Programm der Regierung Papen findet deshalb den ungeteilten Beifall aller kapitalistischen Kräfte. Unter der Fahne des Klassenkampfes von oben sammelt sich eine bunt-schichtige Gesellschaft als Gefolgschaft der Barone. Der arbeiterfeindliche großkapitalistische Charakter des Wirtschaftsprogramms der Barone deckt für diese Gesellschaft die Blöße der mittelalterlichen feudalen Staatsanschauung der Regierung Papen und ihren stöckerreaktionären antidemokratischen Charakter zu!

Das kapitalistische System ist aus dem Hunger, dem Blut und dem Schweiß des städtischen und ländlichen Arbeiters errichtet worden.

heute, wo seine Unfähigkeit, die Volksmassen zu versorgen, durch die schrecklichste Krise erwiesen ist, soll das wankende Gebäude des Kapitalismus abermals mit dem Schweiß und Blut der Arbeiterschaft gestiftet werden!

Dies zu verhindern, ist der Sinn der sozialistischen Aktion!

Eine mächtige antikapitalistische Welle geht durch das Volk. Auf der einen Seite steht das großkapitalistische Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung — auf der anderen Seite die Tatsache, daß im neuen Reichstag über 450 von 608 Abgeordneten Ausdruck der antikapitalistischen Stimmung im Volke sind.

133 Sozialdemokraten und 89 Kommunisten, zusammen 222 Abgeordnete, sind grundsätzlich Gegner des kapitalistischen Systems.

230 Nationalsozialisten im Reichstag sind gewählt worden nicht zuletzt als Ausdruck der Verzweiflung von Volkschichten, die durch die Krise des Kapitalismus hart getroffen, ja in ihrer Existenz vernichtet worden sind. Sie sind gewählt worden, weil sie sich Sozialisten nennen. Mag die Führung der Nationalsozialistischen Partei auch ganz andere, politisch reaktionäre und arbeiterfeindliche Absichten verfolgen — die Zahl der Nationalsozialisten im Reichstag ist Beweis dafür, daß eine ungeheure Mehrheit des Volkes nicht mehr an den Kapitalismus glaubt, daß sie genug hat von den mörderischen Experimenten der Großkapitalisten, die Millionen zu Hunger und Arbeitslosigkeit verurteilt haben!

Noch niemals sind in einem Reichstag die Vertreter des Kapitalismus zahlenmäßig so schwach wie in diesem gewesen, noch niemals hat ein Reichstag eine Zweidrittelmehrheit von Abgeordneten aufgewiesen, die das Volk aus Opposition gegen den Kapitalismus gewählt hat!

### Ueber 450 Abgeordnete gewählt als Gegner des Ausbeutungssystems — und trotzdem Schreckensherrschaft des Großkapitals!

Beobachter“ abermals ein Inserat, in welchem ein Parteigenosse um ein Darlehen von 900 M. ersucht „gegen volle Sicherheit und beste Referenzen. Ich zahle am 1. Februar 1932 1100 M. zurück.“

In 320 Tagen zahlt dieser Parteigenosse um ein Viertel mehr zurück, als er bekommen will. Das heißt, er verzinst das Darlehen von 900 M. zu 25 Proz.

Und das nennt der „Völkische Beobachter“ Brechung der Zinsnechtlichkeit, denn sonst könnte er derartige Inserate nicht veröffentlichen! Doch er es nur des Geldes wegen tut, können wir doch nicht gut annehmen.

In Nr. 74/75 vom 15./16. März 1931 veröffentlicht der „Völkische Beobachter“ das folgende Inserat:

3000—5000 RM. sucht e. Pächterfarm (Pa.). Sicherheit l. Nerzen, Nutrias. Rückzahlung 1932. Gewinnbeteiligung od. 30 Proz. Verzinsung. Off. unt. V. S. 1136 an Invalidentandl. Annoncen-Erpedition, München.

In derselben Nummer erucht ein nationalsozialistischer Geschäftsmann um 500 M. gegen monatliche Ratenrückzahlung von 50 M. „bei bester Verzinsung“

In Nr. 10 vom 10. Januar 1931 regt sich der

## Wie fängt man Margisten?

SPD.: schwieriger Fall. — KPD.: leichte Beute.

Im „Völkischen Beobachter“ unterlucht Günter Adam, wie man von den 13 Millionen marxistischen Wählern etwas für die NSDAP gewinnen kann. Dabei kommt er zu folgendem Ergebnis:

Die SPD. steht und fällt mit den freien Gewerkschaften.

Die Gewinnung dieser Freigewerkschaftler für den Nationalsozialismus wird die schwerste Aufgabe sein.

Die kommunistischen Wählermassen bestehen zum allergrößten Teil aus Erwerbslosen und den jüngeren, noch im Betrieb stehenden, vornehmlich ungelerten Arbeitern. Das Schwanken der kommunistischen Wählerzahlen bei der ersten und zweiten Reichspräsidentenwahl sowie bei der Preußen- und Reichstagswahl zeigt uns, wie gering die organisatorische Kraft der kommunistischen Partei ist, und auf wie schwachen Füßen die kommunistischen Phrasen stehen.

Es wird uns Nationalsozialisten bedeutend leichter fallen, einen Kommunisten zu werden als einen Sozialdemokraten.

Ein Kompliment, das sich die KPD. hinter den Spiegel stecken kann! Und der Mann, der es macht, spricht aus Erfahrung!

Das ist nur möglich, weil die bewußt sozialistische Arbeiterschaft in sich gespalten ist durch die Schuld der Kommunisten, es ist nur möglich, weil die nationalsozialistische Führung ganz andere Ziele verfolgt, als sie der unklare Sozialismus ihrer Gefolgschaft weist, es ist nur möglich, weil im nationalsozialistischen Lager die antikapitalistischen Instinkte mißbraucht worden sind zu einer gemeinen Hege gegen die bewußt sozialistische Arbeiterschaft!

Statt des schärfsten Kampfes gegen den vernichtenden Kapitalismus predigen die Rassistführer den Kampf gegen den Marxismus, den „Einbruch in die marxistische Front“.

Das Elend der kapitalistischen Krisen, Hunger und Arbeitslosigkeit werden erst beendet sein,

wenn alle Gegner des Kapitalismus zu bewußten Sozialisten geworden sind,

wenn die Massen, die heute den Nationalsozialisten nachlaufen, vom antikapitalistischen Instinkt zum sozialistischen Willen erzogen sind,

wenn alle Gegner des Kapitalismus gemeinsam marschieren gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem!

Der „Einbruch in die marxistische Front“ stürzt die kapitalistischen Kräfte so gut wie die Spaltungsarbeit der Kommunisten!

Das Gebot der Stunde heißt deshalb:

Einbruch des bewußten Sozialismus in die nationalsozialistische Front!

Sammlung zum Kampf um die Ziele der sozialistischen Aktion unter Führung der Sozialdemokratischen Partei.

### Goldne Worte

„Es ist halt zu tomisch!“ jagte der eine. „Wenn einer nicht übertrieben geistreich aussieht, in Oesterreichisch-Braunau geboren ist, eine französische Friseur, einen englischen Schnurrbart trägt und italienisch grüßt, wird er als Symbol und unerfälschte Verkörperung des nordischen, reinrassigen Germanentums gefeiert —“

„Völkische Beobachter“ im Textteil riesig darüber auf, daß jüdische Pamschgeschäfte blühen, während das Volk hungert. 20 Proz. des Umsatzes als Reinverdienst findet das nationalsozialistische Hauptblatt geradezu als unerhörte wucherische Ausbeutung. Im Inseratenteil aber „sucht ein nationalsozialistischer Geschäftsmann Vertreter für seine gangbaren Haushaltsartikel und Reubelten und bietet 200 bis 300 Prozent Verdienst an“.

Das heißt, der Vertreter kann die vom nationalsozialistischen Lieferanten übernommenen Haushaltsartikel zwei- bis dreimal teurer verkaufen, als er sie bezogen hat. Selbstverständlich muß auch der Lieferant noch keinen Profit machen, so daß die Ware vielleicht fünf- bis sechsmal teurer an den Käufer gelangt, als die Erzeugungskosten ausmachen. Und das nennt sich nationalsozialistische Wirtschaftserneuerung!

Man hat wahrhaftig den Eindruck, daß die Nazis vor allem deswegen so sehr gegen die Juden poltern, weil sie allein die Geschäfte übernehmen wollen, die nach ihrer Meinung bisher die Juden besorgt haben. Wird das deutsche Volk von nationalsozialistischen Wirtschaftsmenschen ausgemuchelt, so muß es sich das nur zur Ehre anrechnen, denn diejenigen, welche es zum Weißbluten bringen, sind ja keine Juden!



# Vorwärts zur Einheit!

## Die große Sünde der Kommunisten.

In der Eröffnungssitzung des Reichstags hat die greise Clara Zetkin als Alterspräsidentin allen Parteien den Sündenpiegel vorgehalten, nur nicht der eigenen, der kommunistischen Partei.

Die Arbeiterschaft ist heute in einer außerordentlich schweren Kampfsituation. Sie hat viel von den idealen politischen Gütern verloren, die in jähem Ringen erkämpft worden sind.

In dieser Entwicklung trägt die kommunistische Partei ein vollgerütteltes Maß von Schuld.

Sie hat ihren Anhängern die Mißachtung alles dessen gepredigt, was die Sozialdemokratische Partei an politischen Rechten für die Arbeiterschaft erkämpft hat. Sie hat gehöhnt über die demokratische Freiheit. Sie hat die beschimpft, die für die Freiheit gekämpft haben, die in ihrer Behauptung und ihrem Ausbau ihre Aufgabe erblickt haben.

Die kommunistische Partei hat nichts getan, um die Freiheit zu verteidigen. Sie hat damit das Spiel der Feinde der Arbeiterschaft erleichtert. Sie hat nicht nur organisatorisch die Arbeiterschaft gespalten, sondern auch geistig. Sie hat ihren Anhängern eingeredet, daß es gleichgültig sei, ob sie staatsbürgerliche Rechte in einem demokratischen Staate besitzen, oder ob sie unter der Diktatur der Reaktion leben. Jetzt lernt die Arbeiterschaft aus der Erfahrung den Unterschied kennen!

Die politische Freiheit verlieren, bedeutet zugleich die Aussicht auf ein menschenwürdiges Dasein verlieren. Eine unfreie Arbeiterschaft wird der Willkür und der Schreckensherrschaft des Großkapitals unterworfen!

Die Unwahrhaftigkeit des hohlerfüllten Kampfes gegen die Sozialdemokratie wird jetzt durch die Tatsachen enthüllt!

Als die Sozialdemokratie eine starke Stellung im Parlament und im Staate hatte, war auch die Lebenshaltung der Arbeiterschaft eine ganz andere! Von Hermann Müller über Brüning zu Papen — das bezeichnet nicht nur die Einbuße des politischen Einflusses der Arbeiterschaft, es bezeichnet zugleich das Absinken ihrer Lebenshaltung.

Heute am Tiefpunkt der Entwicklung wird graulich klar, wie eng der Verlust politischer Freiheit mit dem materiellen Verlust der Arbeiterschaft verknüpft ist:

1928 unter der Regierung Hermann Müller verdiente ein Facharbeiter durchschnittlich in der Eisen- und Stahlwarenindustrie im Zellohn 49,80 M. brutto in der Woche. Das Lohnniveau stieg an.

1931 unter der Regierung Brüning betrug der Lohn des gleichen Facharbeiters nur noch 38 M. — 24 Proz. weniger als unter der Regierung Hermann Müller.

1932 unter der Regierung Papen droht die Herabdrückung dieses Lohnes auf das Existenzminimum, das das Kabinett der Barone für die deutschen Arbeiter für zureichend hält.

### II.

1928 unter der Regierung Hermann Müller hatte ein Arbeiter in der untersten Beitragsklasse nach Zahlung von 7,80 M. Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung einen Rechtsanspruch auf Unterstützung bis zu 156 M.

Unter der Regierung Brüning begann der Abbau der Arbeitslosenversicherung.

1932 unter der Regierung Papen hat derselbe Arbeiter nach Zahlung von 33,80 M. Beiträgen einen Anspruch auf 27 M. Unterstützung. Viermal höherer Beitrag, aber fünfmal geringerer Unterstützungsanspruch!

### III.

1928 unter der Regierung Hermann Müller saßen 12 Nazis im Reichstag.

1930 unter der Regierung Brüning waren es 107.

1932 unter der Regierung Papen 230!

Dieser Entwicklung gegenüber hat die kommunistische Partei keine andere Taktik gekannt, als die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterschaft und den hohlerfüllten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Sie hat die Arbeiterschaft geschwächt, statt sie zu härten: geistig, organisatorisch und politisch.

Der Wiederaufstieg der Arbeiterschaft hat zur Voraussetzung, daß diese Spaltungsarbeit überwunden wird. Gemeinsam muß die Arbeiterschaft unter der Fahne der politischen Freiheit kämpfen, gemeinsam muß sie die Voraussetzungen schaffen zur Wiedereroberung ihrer materiellen Stellung. Gemeinsame sozialistische Aktion unter Führung der Sozialdemokratischen Partei — das muß die Parole der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft werden!

# Deutschnationaler Aufruf.

## Hilfe, die Nazis! — Aufräumungs-kommandos und Schädlinglisten.

Dem Hugenberg'schen „Tag“ wird aus deutschnationalen Kreisen geschrieben:

Es ist möglich, daß die Führer der NSDAP, das nicht wollen und nicht wissen, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Führer von SA- und SS-Trupps sich mit großen Worten als Aufräumungskommandos brüsten, die nach „Listen“ mit den „Schädlingen“ Schlachtmachen werden. In neuerer Zeit kann man in

# Gülgig

## eine von uns

### Das Schicksal einer Stenotypistin

behandelt der neue Roman des „Vorwärts“. Aber ist Gülgig eine von uns? Gülgig, das Mädchen, das entdeckt, daß sie die Tochter einer sehr verwöhnten und kaltherzigen Dame ist und daß nur durch eine sehr abenteuerliche Schiebung Kleinbürger ihre Pflegeeltern geworden sind?

Ist dieses Mädchen Gülgig eine von uns, das Arbeit und Zukunft wegwerft, um mit einem Manne zusammenzuleben, der seine Sache letzten Endes nur auf sich gestellt hat?

Ist sie eine von uns, wenn sie zurückfindet in die Arme der Werttätigen, als sie sich Mutter fühlt und ahnt, daß sie ihre Pflichten als Mutter an der Seite des von ihr geliebten Mannes nicht erfüllen können wird?

Die Abonnenten des „Vorwärts“ sollen das entscheiden. Sie sollen es in aktiver Mitarbeit entscheiden. Im Anschluß an den Roman veranstaltet der „Vorwärts“ ein

### Preiswettbewerb

Alle, die sich als Schicksalsgenossinnen Gülgigs fühlen, sind zur Beteiligung daran eingeladen. Die beste Kurzgeschichte aus dem Leben einer „Vorwärts“-Leserin wird prämiert und, wenn dafür geeignet, vielleicht sogar verfilmt werden. Die Bedingungen dieses Preiswettbewerbes werden noch im „Vorwärts“ bekanntgegeben.

„Gülgig, eine von uns“, der neue Roman des „Vorwärts“, ist schon mit Brigitte Helm als Gülgig durch die Paramount Film A.-G. verfilmt und kommt in einigen Wochen in den Tonfilm-Theatern zur Aufführung.

Allen neuen Abonnenten des „Vorwärts“ wird der schon erschienene Teil des Romans auf Wunsch nachgeliefert.

---

Ich abonniere die volle Ausgabe des „Vorwärts“ mit der Tiefdruckbeilage „Volk und Zeit“, zweimal täglich frei ins Haus zum Preise von 3,25 Mk. pro Monat (pro Woche 75 Pf.)

Ich abonniere den „Sonntag-Vorwärts“ zum Preise von 55 Pf. pro Monat.

(Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.)

Name: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

vorn \_\_\_\_\_ Hof \_\_\_\_\_ Quergebäude \_\_\_\_\_ Seitenflügel \_\_\_\_\_ Treppe \_\_\_\_\_ links — rechts

bei \_\_\_\_\_

Ausfüllen und einsenden an den Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

diesen Kreisen Urteile über den Reichspräsidenten, über Regierungsmitglieder und über nationale Führer hören, die einem die Haare zu Berge stehen lassen...

„Wertwirdig! Solange es nur Margistenköpfe waren, die rollen sollten, hatte man nichts dagegen einzuwenden! Jetzt aber, wo es heißt, die Deutschnationalen seien noch schlimmer als die Margisten, entringt sich der bedrängten Brust der gepreßte Schrei: „Herr Hitler, das geht zu weit!“

## Solidarisch mit Mördern!

Hitlers Kameraderie mit den Unmenschen.

Nach dem Todesurteil des Beuthener Sondergerichts gegen die nationalsozialistischen Mörder von Potempa hat Adolf Hitler sich in einem Telegramm mit den Unmenschen solidarisiert. Unsere oberste Parteizeitung zeichnet das Bild der „Kameraden“ des Herrn Hitler:

„Hitler spricht in einem Telegramm an die in Beuthen wegen Mord Verurteilten diese an: „Meine Kameraden.“ Schöne Kameraden sind das! So der wegen Anstiftung zum Mord und wegen dabei befundener gemeiner Gesinnung zum Tode und lebenslänglicher Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte Bachmann. Dieser „Kamerad“ Hitlers war

nach vor zwei Jahren Kommunist, vor einem Jahr schrieb er sich an der Spitze einer Zentrums-Mitgliederliste ein und wurde dann vor einigen Monaten Nazijünger. Er ist der Justiz kein unbekanntes Blatt.

In seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher hat er sein Amt wiederholt mißbraucht. Er war der typische Dorftramp. Selbst sein Verteidiger Luettgebrunn mußte zugeben, daß er den Alkohol liebte und im Suff wilde Reden führte. Dies nicht nur, er war auch ein unanständiges Raubbein. Der Raubhandel gehörte zu seiner zweiten Natur. Wenn er gut gelaunt war, schloß er zur Abwechslung mit seinen kommunistischen Nachbarn Freundschaft und soff mit ihnen. So hatte er noch am Tage vor der Mordtat mit dem Ermordeten Pietrzuch zusammen geschickt. Ein seiner Kamerad für Hitler. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß der große Adolf ihn für sich reklamiert.

Ein zweiter seiner Kamerad Hitlers ist der Verurteilte Gräpner, den auch die Nazipresse während des Prozesses als eine besondere Perle in der Hitler-Krone würdigte. Gräpner ist der Typus eines Landsknechtes. Er hatte an dem Soldatsein im Kriege nicht genug, ebenso wenig an den obersteleischen Abstimmlingskämpfen. Auf welcher Seite er während dieser

stand, ist in den Verhandlungen nicht bekannt geworden.

Als es in Oberschlesien mit der täglichen Schleherei aus war, ging er zum „Erbfeind“ und wurde französischer Fremdenlegionär!

Dort beging er nach einigen Jahren eine Straftat und wurde abgehoben. Heute ist er wieder „Soldat bei Hitler“ und führt die SA-Kolonie nach Potempa. Wer Gelegenheit hatte, im Beuthener Schwurgerichtssaal das Benehmen aller Angeklagten zu beobachten, konnte über deren Gefühlsroheit nur entsetzt sein. Sie sind aber jetzt durch die Kameradschaftserklärung Hitlers rehabilitiert. Es gibt noch rohere Burichen in Deutschland, als die Potempaer Mörder.“

Kameraden — in der Tat!

## Der Reichstagspräsident für die Mörder.

Hauptmann Göring, Hitlers engster Mitarbeiter und jetzt Präsident des Deutschen Reichstages, hat an die Mörder von Potempa folgendes Telegramm geschickt:

„In maßloser Erbitterung und Empörung über das Schreckensurteil, das Euch betroffen hat, gebe ich Euch, Kameraden, die Versicherung, daß unser ganzer Kampf von jetzt ab Eurer Freiheit gilt. Ihr seid keine Mörder, Ihr habt das Leben und die Ehre Eurer Kameraden verteidigt. Für Eure Familien überweise ich heute 1000 Mark, die mit Freundschaft zur Verfügung gestellt haben. Bleibt aufrecht! 14 Millionen der besten Deutschen haben Eure Sache zu der ihrigen gemacht.“

Hat Herr Göring kein Gefühl für die Schmach, die er den 14 Millionen Hitler-Wählern antut, wenn er diese von sich aus mit den Mördern von Potempa solidarisiert?

## Mörderverherrlichung in der nationalsozialistischen Presse.

„Das Ende der Staatsautorität“, so überschreibt die nationalsozialistische „Bommerische Zeitung“ ihre Betrachtungen über die Vorgänge in Beuthen. Man wird ihrem Urteil — wenn auch aus anderen Gründen — vollkommen zustimmen müssen, wenn man sieht, wie sich die nationalsozialistische Presse tagtäglich mehr in eine hysterische Verherrlichung der Beuthener Mörder hineinsteigert. Da schildert z. B. ein Journalist, dem man Gelegenheit zum Besuch in den Mörderzellen gegeben hat, in der „Nazif. Korrespondenz“ seine Eindrücke in der folgenden Weise:

Im Vordergrund die große bange Frage: „Was wird denn nun?“ — „Männer, macht ihr

auch etwa Sorgen.“ — Da schneiten sie von den Ecken hoch und ließen

mit strahlenden Menen

an die Tafeln: „Rein, Herr Professor (gemeint ist der Rechtsvertreter), Sorgen machen wir uns keine!“ Und das sollen „Mörder“ sein?

Prächtige Kerls,

diese SA- und SS-Männer. Einer wie der andere stramm und stark, treu und ungebrochen. Freude und Begeisterung zugleich rieselt dem Besucher über den Rücken. Das sollen Mörder sein,

diese wackeren Männer?

Das sollen Blutbestien sein, die aus feigem Uebermut und reiner Mordlust den polnischen Injurigen Pietrzuch umlegten? Rein und abermals nein!

Sie sind sich keiner Schuld bewußt und freudig bewegt,

wie Kinder bei einer Bescherung lassen sie sich Liebesgaben, Blumen, Zigaretten und Schwaren in die Hände drücken, verbeugen sich dankend, rütteln und schütteln die Schultern der Besucher und sind aufgeweckt, bis wieder eine Kunde kommt, die alle Heiterkeit durch harten Schlag verstreucht.

Kommen wir aber nun bald los?“

„Abwarten, Jungens!“ Sie schlingen befehlsgemäß die Haken zusammen. „Zu Befehl, Jamohl, wir warten!“

Das Ziel dieser Propaganda ist nicht nur Erlass der Todesstrafe, sondern Freiheit von jeder Strafe. Ganz offen proklamiert Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ das Recht auf Mord, indem er schreibt:

Als der Weltkrieg ausbrach, fiel der französische Pazifist Jaurès durch ein Attentat. Der Mörder wurde später vom Gericht freigesprochen. Unseren objektiven Juristen standen die Glanz zu Berge ob dieses „Skandals“. Frankreich aber hatte in seinem Lebensinteresse gehandelt.

Die Internationale der nationalsozialistischen Mörder marschiert. Während wir uns in unauslöschlicher Liebe und Verehrung vor dem Andenken des großen Sozialisten und Menschenfreundes Jaurès verneigen, drückt Alfred Rosenberg dem Vieh Villain den Kranz auf das Haupt. Sie sind einander wert!

# Das Reich der Reichen

Kapitalistische Offenherzigkeiten.

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, dem Organ der Schwerindustrie, wird ein holländischer Wirtschaftsbrief veröffentlicht, der sich stark mit innerpolitischen deutschen Fragen beschäftigt und der einige Sätze enthält, die für das Nationalgefühl dieser „aufbauenden Kräfte“ so kennzeichnend sind, daß sie einer breiten Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen.

Der Amsterdamer Mitarbeiter der Bergwerkszeitung spricht von den Plänen, das Wahlrecht zu ändern und ein Oberhaus einzusetzen. Dabei wird nicht nur gesagt, daß das Wahlrecht der Jugendlichen sich nicht bewährt habe, sondern auch, daß das Stimrecht der Unterstützungsbedürftigen einen unbedingten Einfluß gewonnen habe, und dann heißt es weiter:

„Die neuen Herren wollen hierin eine Neuordnung; da keine gesetzliche Mehrheit dafür zu finden sein wird, so wird, wie das preussische Herrenhaus durch Kabinetsorder entstand, eine Notverordnung die Veränderung bringen.“

Wenn nun die Arbeiterschaft, der kein denkender Mensch die Mitarbeit am Staat nehmen will, darob klagt, so muß hier eine Wahrheit gesagt werden: Man regiert kein Commonwealth, kein Reich, kein „Rijf“ gegen die Besitzenden, nur zugunsten der wirtschaftlich Schwachen. Mit dem gemeinsamen Belang am Besitz fällt das wichtigste Band, das die Einwohner eines Zollgebietes umschlingt.

Noch einige Jahre, dann wären Industrie, Handel und Hausbesitz nicht mehr in der Lage gewesen, die notdürftigsten Steuern aufzubringen, die das Staatsleben in seiner heutigen Form verlangt. Wir sagten schon vor einigen Monaten, daß das Häuflein der Besitzenden, das fortwährend angezapft wurde, immer dünner würde.

Wenn nun wieder das Reich von den „Reichen“ regiert wird, so haben sie von vornherein mit minder Mißtrauen seitens der außerhalb der Regierung Stehenden zu kämpfen, als wenn das Reich von Besitzlosen oder fast Besitzlosen betreut wird.“

Hier wird es brutaler als sonst üblich ausgesprochen, daß das Kabinett der „nationalen Konzentration“ den Staat der Reichen aufbauen will. Gegenüber dieser unverhüllten Klassenstaatsideologie, die das Blatt der Schwerindustrie als „Wahrheit“ verkündet, wird die Arbeiterschaft nicht aufhören, für einen Staat zu kämpfen, der das gemeinsame Band der Nation nicht in Besitzbelangen, sondern in sozialer und kultureller Gemeinschaft erblickt. Dazu gehört freilich ein Reich, das nicht von den „Reichen“ regiert wird, sondern auf dem Boden der Demokratie von den Vertretern aller arbeitenden Kräfte der Nation.